

Kapitel XI

Big Man oder Funktionär – Probleme indigener Selbstorganisation in nationalstaatlichen Zusammenhängen

Fortbestand und Wandel indianischer Gesellschaften im Amazonasgebiet

Der Leser erinnert sich an die Leitmotive der indigenen Bewegung im Amazonasgebiet: politische Integration und kulturelle Abgrenzung. Ich verwies auf die »Tradition des Traditionsbruchs« (Münzel 1993), die Fortbestehen und Wandel indianischer Gesellschaften im südamerikanischen Tiefland bestimmt. Der geschichtliche Rückblick lässt den Schluss zu, dass die Tieflandindianer auch unter den schwierigen, wechselhaften Bedingungen der kolonialen sowie postkolonialen Kontaktsituation die Kraft zur kulturellen Erneuerung nicht verloren haben. Die Entwicklung indigener Organisationen ist ein zeitgenössischer lebendiger Ausdruck dieser Fähigkeit. Weit davon entfernt, bloße »Agenten der Assimilierungskräfte« zu sein, sind sie aber auch keine »Instanzen der Traditionspflege«. Zwischen Widerstand und Anpassung oszillierend, erweisen sich die Akteure der Zusammenschlüsse als Chamäleons: als »Modernisierer«, »Integrations- und Differenzierungskraft«, als »Überlebens- und Verwandlungskünstler«, »Rebellen gegen staatlich verordnete politische Unsichtbarkeit« und »Kontrahenten in der Arena politischer Kämpfe und klientelistischer Netzwerkbildung« sowie als »institutionalisierte Ressourcenbeschaffer«. In den organisierten Gruppen sind aus »*nativos invisibles*« (Stock 1981) »*indigenas peruanos*« geworden:¹ Nicht nur ethnischer

1 *Nativos invisibles* – dt.: »unsichtbare Eingeborene«; *indigenas peruanos* – dt. »peruanische Indigene«.

Stolz und Widerstand, sondern auch die Aneignung dominanter nationaler Wertemuster prägen dabei ihre Statuskämpfe. Mit der offiziellen Einbindung der indigenen Tieflandbewohner in die nationale Gemeinschaft in den 1970er Jahren zeichnete sich eine qualitative und quantitative Veränderung der inter-ethnischen Beziehungen ab. Diese erhielten einen staatlich geprägten, legalen Charakter, wodurch sich den Mitgliedern lokaler Gemeinschaften neue Aktionsmöglichkeiten eröffneten, die asymmetrischen Beziehungen zu ihrem Vorteil umzugestalten. Nichtsdestotrotz führten die Veränderungen auch dazu, dass die Machtverhältnisse im lokalen Kontext diffuser wurden. Einerseits bleibt die Durchsetzung staatlicher Regierungsstrukturen bis heute unvollständig, andererseits sind neue politische Akteure hinzugekommen – Repräsentanten ethnischer Zusammenschlüsse und Vertreter nationaler sowie internationaler NGOs. Dabei hat sich eine Überlagerung verschiedener politischer Legitimationsmodelle ergeben: Während die nationalstaatliche Ordnungslogik zwar ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts den größten Teil der indigenen Bewohner des Amazonasgebietes formal erfasste, konnten sich segmentäre Prinzipien im lokalen Kontext auf informeller Ebene weiter halten. Diese beeinflussen auch das gegenwärtige Autoritätsmodell in der indigenen Organisationswelt. Politische Legitimität erlangt ein Repräsentant nicht allein durch die Wahl in das Amt des *dirigente*, er muss sich sein Prestige nach dem Prinzip des Statusführers weiterhin mühevoll erwerben und läuft dabei beständig Gefahr, es ohne weiteres wieder zu verlieren. Eine grundlegende Voraussetzung für seinen Erfolg ist es, dass die Kommunikation und der Austausch zwischen ihm und seiner politischen Gemeinschaft nicht abreißen. Auf regionaler und nationaler Ebene besitzen die Repräsentanten deshalb selten direkte politische Relevanz für die von ihnen offiziell vertretenen indianischen Dörfer im Amazonasgebiet. Eine authentische Repräsentation ›indigener Interessen‹ wird im lokalen Kontext an der Aufrechterhaltung sozialer Nähe und dem Bekenntnis zu spezifischen moralischen Werten festgemacht – die hervorstechendsten sind: Ausrichtung am Reziprozitätsprinzip und die Trennung zwischen politischer Leitfunktion und sozialen sowie ökonomischen Privilegien. In diesem Sinne bleibt das Statusführerprinzip als normativer Richtwert weiterhin relevant.

Individuelle versus kollektive Selbstbestimmung

Es zeigte sich, dass indigene Organisationen auf keiner Ebene einen dauerhaften Status als privilegierte politische Institution erwerben können und damit in der Lage wären, anderen Instanzen ihre Logik und die ausschließliche Anerkennung ihrer Legitimität aufzuzwingen. Die wesentlichen politischen Probleme in den Dörfern werden kontextabhängig durch unterschiedliche Akteure bzw. Akteursgruppen gelöst. Die Repräsentanten indigener Organisationen

sind nicht unbedingt die bevorzugten Ansprechpartner in diesen Prozessen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an den Kommentar *Guillermo Ortigas*, des Gemeindepräsidenten der *comunidad nativa* der Huitoto: »Jeder kämpft für sich allein.« Wenn sie in seinem Dorf beschlossen haben, sowohl kommunale als auch individuelle Projekte durchzuführen, verweist das auf die Bedeutung, die individueller Autonomie beigemessen wird. Diese Vorstellung von Selbstbestimmung orientiert sich nicht am Projekt der Schaffung einer nationalen politischen Gemeinschaft Indigener, sondern verläuft konträr zu selbiger. Nicht aufgezwungener Korporatismus, sondern selbst geknüpfte, quer zu Gruppengrenzen verlaufende Netzwerke kennzeichnen die politische Realität im peruanischen Tiefland. Aus den Erzählungen *Guillermo Ortigas* bei meinem Besuch in der Huitoto-Gemeinde nahe Iquitos wurde deutlich, dass er auch als *presidente comunal* allein kraft seines Amtes niemanden zwingen kann, bestimmte Dinge zu tun und andere zu unterlassen. Noch weniger gelingt dies den Vorständen der Föderationen, der regionalen oder nationalen Verbände. Die Autonomie der einzelnen Instanzen trägt im gesamtgesellschaftlichen Kontext entscheidend zur politischen Schwächung der indigenen Bewegung bei. Es gibt keine von Seiten der lokalen Bevölkerung klar anerkannte Über- und Unterordnung der Organisationsebenen, Entscheidungskompetenzen sind nicht formal geregelt und umfassend politisch legitimiert. Daraus ergibt sich die hochgradige Komplexität und Fluidität der politischen Landschaft innerhalb der indigenen Organisationswelt. Zu dieser Situation trägt paradoxerweise auch die relative Abwesenheit des Staates auf lokaler Ebene, vor allem im Dienstleistungssektor, bei. Aufgaben, wie die Bereitstellung grundlegender Infrastruktur, werden häufig von NGOs übernommen. Die Vertreter dieser Einrichtungen werden zu weiteren Konkurrenten der Repräsentanten ethnischer Föderationen, die sich dem Entwicklungsdiskurs angepasst haben und sich in der selbstdefinierten und zugeschriebenen Rolle als »inoffizielle Regierung der Tieflandindianer« nun ihrerseits als Dienstleister definieren. Die politischen Vertretungsinstanzen werden dadurch – wie im Falle des im Prolog vorgestellten Zusammenschlusses der *Cocama-Cocamilla* – zu »Rentierorganisationen«.

Die indigene Bewegung ist somit Teil des entwicklungspolitischen Feldes, in dem die Ordnungsprinzipien und Machtstrukturen weitaus diffuser sind als im »klassischen« politischen Feld. Dennoch können vor allem die Föderationen bei akuten Problemen auch explizit politische Bedeutung als legitime, übergeordnete Kollektivierungsinstanz erlangen – zum Beispiel bei Konflikten mit Erdölkonzernen, Holzfirmen oder auch illegalen Holzfällergruppen. Diese politische Funktion bleibt aber immer nur temporär erhalten. Danach zerfällt die größere Gemeinschaft wieder in Fraktionen und Einzelinteressen.

Strategischer Essentialismus

Bei der Betrachtung der Makro- und Mikroebene indigener Organisationsprozesse zeigte sich jedoch, dass die Zusammenschlüsse eine Projektionsfläche für politisch wirksame Idealisierungen bieten. Um die negative Stereotypisierung der Tieflandindianer als ›Primitive‹, ›chunchos‹ oder ›Unzivilisierte‹ zu überwinden, griffen die neuen Repräsentanten sowie ihre Unterstützer zu einem Mechanismus, den Laufer (2000) als »reaktiven Rassismus« bezeichnet: Sie benutzten positive Stereotype des ›edlen Wilden‹, ›natürlichen Umweltschützers‹, ›solidarischen Gemeinschaftsvertreters‹ und entspannen dabei einen erfolgreichen Diskurs um die Begriffe ›Territorium‹, ›Volk‹, ›Selbstbestimmung‹. Dieses Vorgehen bezeichnete ich bereits als »strategischen Essentialismus« (Spivak 1988; vgl. Warren und Jackson 2003; Greene 2004). Am Beispiel der *comunidad nativa* Huitoto in der Nähe von Iquitos zeigte sich, dass die (Rück)besinnung auf indigene Identität legale Räume für lokale Ermächtigungsstrategien eröffnet: Im Gegensatz zu ihren ›bäuerlichen‹ Nachbarn konnten die Einwohner der ›indigenen‹ Dorfhälfte kollektive Landforderungen geltend machen und sich dadurch vor der Verarmung schützen. Die Zusammenführung der Begriffe ›Kultur‹ und ›Rechte‹ zeigte in ihrem Fall eine große Wirkkraft. Die Selbstdefinition als ›indigenes Volk‹ gab ihnen die entscheidende Handlungsressource und ließ sie zu sichtbaren politischen Akteuren avancieren.

Allerdings bleiben Essentialisierungen, auch strategische, Festschreibungen. Einst flexibel gehaltene Größen wandelten sich unter dem Zugriff staatlicher Bürokratie und der internationalen indigenen Bewegung und ihrer Unterstützer in starre Kategorien. Der Kulturdiskurs zeigte diesbezüglich negative Auswirkungen. Die indigene Identität von Tieflandbewohnern wurde und wird oftmals an ihrer ›Intaktheit‹ und ›Abgeschlossenheit‹ festgemacht. So erwähnten UN-Angestellte in Peru, wenn sie mit mir über ihre Arbeit zum ›Thema Indigene‹ sprachen, meist die diesbezüglich im UN-Kontext gültige Definition ›indigener Völker‹ und wendeten sie ausschließlich auf die Tieflandindianer an. Eine ›ursprüngliche Beziehung‹ zur Umwelt und ein möglichst geringer Vermischungsgrad mit der nationalen Gesellschaft sind letztendlich die ausschlaggebenden Kriterien zur Beurteilung von ›Indigenität‹. Die Probleme, die aus dieser Festschreibung für indigene Aktivisten resultieren, liegen auf der Hand. Ich sprach sie bereits ausführlich in den Ausführungen zum Ständigen Forum für indigene Angelegenheiten an (vgl. Kapitel III.4).

Von Unterstützerseite wurde derweil im peruanischen Kontext angenommen, dass die ›kulturellen Bindungen‹ indianischer Vertreter unabhängig von bestehenden politischen Strukturen Wirkkraft zeigen und die Umgestaltung der peruanischen Gesellschaft ermöglichen würden. Mit fortschreitender Insti-

tutionalisierung der ethnischen Zusammenschlüsse schlichen sich jedoch Zweifel bei ihnen ein, ob die gemeinsame kulturelle Identität von Repräsentanten und Repräsentierten zwangsläufig das Teilen identischer Interessen implizierte. Infolge der ersten Korruptionsfälle analysierte man deshalb die Rolle und das Verhalten der Vertreter. Jedoch wurde nicht die komplexe Verknüpfung und Überlagerung unterschiedlicher politischer Legitimationsmodelle, zwischen denen die indigenen Repräsentanten kontextabhängig changieren mussten, sondern ›kulturelle Entfremdung‹ als eine zentrale Ursache für ihre postulierte Korruptierbarkeit ausgemacht. Die Dichotomisierung von ›Moderne‹ und ›Tradition‹ wurde in dieser Argumentationslinie aufrechterhalten: Traten die Repräsentanten in die ›Welt der *mestizos* und *criollos*‹ ein, verloren sie vor allem die kulturelle Rückbindung an ihre Gemeinschaft. Die Fähigkeiten, die sie besonders für die Vermittlungstätigkeit prädestiniert hatten (Zweisprachigkeit, Schulbildung, Erfahrungen außerhalb der Gemeinde oder in evangelikalischen Kirchen), erwiesen sich als gefährliche Errungenschaften. In dieser Wahrnehmung indigener Interessenvertreter zeigen sich deutlich die widersprüchlichen Konsequenzen der Zuweisung von ›Rechten‹ auf Grund ›kultureller Identität‹. Den Repräsentanten wurde ihre hybride Identität zum Verhängnis. Sie scheiterten an den impliziten Forderungen einer nicht erfüllbaren kulturellen Authentizität und entpuppten sich als fragile Glieder in einer internationalen Mittlernetze. Ihre besonderen Talente und Fähigkeiten, die sie zur Tätigkeit als Broker ermächtigten, erwiesen sich als »mixed blessings« (Taylor 1996: 434).

Die Gabe als Sinnbild von Politik in komplexen Gesellschaften

Mit der Etablierung der Kategorie ›indigenes Volk‹ im entwicklungspolitischen Feld entstand einerseits eine politisch relevante Gruppe von Akteuren, die sich gegen die Subsumierung unter bestehende Kategorien (z.B. als Bauern) erfolgreich zur Wehr setzten. Gleichfalls kurbelten diese Entwicklungen neue soziale Differenzierungsprozesse und die Herausbildung einer indigenen Elite auf nationaler und internationaler Ebene an. Die feldspezifischen Regeln zu erlernen, erfordert von den sozial und politisch aufstrebenden Repräsentanten einen hohen persönlichen Einsatz. Das belegten auch die Aussagen der Lokalpolitiker am Ständigen Forum für indigene Angelegenheiten. Mit Eintritt in die professionalisierte Repräsentationswelt entfernen sich die *dirigentes* zwangsläufig von ihrer Basis. Innerhalb der modernen Organisationswelt der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, in die sich die indigenen Bewegungen eingereiht haben, verdrängt die bürokratische Logik das Prinzip der »Ethik der Brüderlichkeit« (Rottenburg 1995), der Erfüllung der Reziprozitätsverpflichtungen – zumindest sobald das Festhalten an diesen sozialen Normen ans Licht der Öffentlichkeit gezerrt wird. Erschwerend kom-

men im peruanischen Kontext die klassischen Kennzeichen der sogenannten komplexen Gesellschaft hinzu: Eine nicht-funktionierende staatliche Bürokratie wird ergänzt durch ein informelles Patronage-System, um bestehende Machtverhältnisse aufrechterhalten zu können. ›Politik‹ zeigt sich in Peru vor allem in Form von Geschenken. Der politische Erfolg der Repräsentanten ist auch aus diesem Grund eng mit Projektbeschaffung verbunden: Sie nehmen eine Rolle ein, die bereits vor ihrem Eintritt ins entwicklungspolitische Feld die ›politische Kultur‹ und den Kontakt zwischen Tieflandindianern und Mitgliedern der nationalen Gemeinschaft in Peru prägte. Die hohe Wertschätzung redistributiver Großzügigkeit und Hilfsbereitschaft unter den Tieflandindianern spielt dem vertikalen Geben und Nehmen des vom Klientelismus geprägten nationalen Kontexts dabei letztendlich in die Hände. Nicht der Akt der Korruption an sich wird von Seiten der Dorfbewohner verurteilt, sondern eine mangelnde Bereitschaft zum Teilen (vgl. Streck 1995). Jedoch sind damit der Bereicherung Einzelner im dörflichen Kontext wiederum Grenzen gesetzt. Hier setzt sich das egalitäre Prinzip akephaler Gesellschaften erneut durch: Individuen, die zu viel Macht und Geld anhäufen, stellen eine potentielle Gefahr für das Fortbestehen des Ausgleichsprinzips dar. Häufige Neuwahlen auf Ebene der Föderationen sind deshalb die Regel in der indigenen Organisationswelt. Die normative Bindung an das Statusführerprinzip und die damit verbundene Kurzlebigkeit politischer Führungspersönlichkeiten erzeugt somit positive und negative Auswirkungen: Einerseits schränkt es die politische Wirkkraft der indigenen Bewegung stark ein, andererseits zeigt sich hierin auch eine Facette lokalen Widerstandspotentials und das ›politische Bewusstsein‹ der Organisierten, die sich nicht so ohne weiteres für persönliche Zwecke ihrer ›Vertreter‹ missbrauchen lassen. Außerhalb des lokalen Kontexts haben Dorfbewohner jedoch nur wenige Sanktionsmöglichkeiten in der Hand, um einen Repräsentanten zu bestrafen, der sich der eigenen Gruppe gegenüber nicht verpflichtet fühlt. So lange noch ein Funken Hoffnung besteht, dass etwas »neben die Tasche« des Repräsentanten fällt (vgl. Streck 1995: 5), empfangen sie den Betreffenden trotzdem als einen distanzierten ›Verwandten‹, der Neuigkeiten und vielleicht ›Projekte‹ bringt.

Weil ihre politische Macht auf Grund der komplexen Beziehungsgeflechte extrem eingeschränkt ist, beschwören Repräsentanten hingegen in ihren öffentlichen Reden immer die solidarische Gemeinschaft gegenüber den ›Feinden‹ – NGOs, Mestizen, Kirche oder Staat. Die Liste der Gegner indigener Zusammenschlüsse wuchs im Laufe der Organisationsgeschichte parallel zum Anstieg des Interesses der Finanzinstitutionen an ›indigenen Themen‹ (vgl. Greene 2004: 431). Die fortlaufende Identifizierung der Feinde am Rande dient der Beschwörung des Kollektivsinns und soll das Vertrauen der Repräsentierten in die *dirigentes* stärken, ihnen Autorität sichern. Die Legitima-

tionskrise im Zentrum wird zwar auf die Peripherie projiziert, dadurch aber nicht gelöst.

Zusammenfassung

Die indigenen Organisationen im peruanischen Amazonasgebiet konnten sich bisher nicht als einzige legitime politische Vertretungsinstanz der Tieflandinianer etablieren. Als entscheidende Gründe dafür erwiesen sich ihre anhaltende ökonomische Abhängigkeit von externen Ressourcen sowie eine diffuse Machtsituation. Die Akteure der Zusammenschlüsse konkurrieren beim Kampf um die Durchsetzung ihrer sozialen und politischen Teilungsprinzipien mit einer Vielzahl weiterer Interessengruppen, die oftmals über eine größere Menge an handlungsrelevantem Kapital verfügen. Das ›Prinzip Indigenität‹ ist sowohl Produkt der asymmetrischen Beziehungen zwischen staatlichen Instanzen, lokalen Gemeinschaften und NGOs, als auch zentraler Motor für den Wandel selbiger. Es steht mithin für die widersprüchlichen Konsequenzen, die politische Kämpfe unter dem Banner von ›Kultur‹ hervorrufen.

Die Repräsentanten indigener Organisationen präsentierten sich in diesem Teil der Arbeit als ambitionierte Akteure im entwicklungspolitischen Feld, in dem um den Aufbau von politischer Macht und klientelistischen Netzwerken konkurriert wird. Sie verkörperten eine zeitgenössische Form des *Big Man* und janusköpfigen Brokers, der als lokaler Entwicklungsmakler erst mit zunehmender Professionalisierung den Verpflichtungen gegenüber der eigenen Gruppe entkommen konnte und dadurch die Chance erhielt, im nationalen und internationalen Kontext zum großen Vermittler zu werden. Damit einhergehend vollzog sich sein Wandel vom Statusführer zum Funktionär, der den Abkoppelungsprozess des professionellen ›Indianisten‹ – der Repräsentationsfachkraft – vom ›Indianer‹, dem Lokalpolitiker, markiert. Die bereits am Ständigen Forum für indigene Angelegenheiten beobachteten Differenzierungs- und Abgrenzungsprozesse erlangten somit auch im peruanischen Kontext hervorgehobene Bedeutung.

Schlussbetrachtungen: Politisches Engagement durch wissenschaftliche Objektivierung? Praxisrelevanz einer ›Ethnologie indigener Bewegungen‹

»Die Erklärung [der Rechte indigener Völker] ist eine Erklärung, kein Gesetz. Jeder kann eine Erklärung abgeben. Es ist eine moralische Verpflichtung, aber keine zwingende. [...] Noch ist es notwendig, diese Art von Sicherheit, von Institutionalisierung durch Regierungen bzw. Gesetzgebungen zu bekommen. Aber für mich hängt davon nicht unsere Existenz ab, wir können auch unabhängig davon leben« (Interview Manchineri 24.10.2003).

13. September 2007: Die UN-Generalversammlung verabschiedet mit 143 Ja-Stimmen, vier Gegenstimmen und elf Enthaltungen die *Erklärung der Rechte indigener Völker*. Vierzehn Jahre sind vergangen, seitdem die Arbeitsgruppe indigene Völker 1993 die vorläufige Erklärung zur Diskussion und Abstimmung an die nächst höhere Ebene weiterreichte. Zuvor hatte sie bereits ihrerseits fünf Jahre lang an der Erstellung der ersten Version des Dokuments gearbeitet (vgl. Kapitel III.3). Die in den Prozess involvierten Akteure der internationalen indigenen Bewegung sowie ihre Unterstützer feiern diesen Moment gebührend als einen ›historischen‹. Die Annahme der Erklärung symbolisiert einen Erfolg für die Verfechter multikultureller Staatsmodelle, die dem liberalen Modell der individuumsbezogenen Gleichberechtigung den Ruf nach gruppenbezogenen Sonderrechten entgegensetzen. Die langjährigen Auseinandersetzungen zwischen Regierungsvertretern und indigenen Aktivisten über die Wortwahl des Textes verdeutlicht dabei, dass Diskussionen über die ideale Form des politischen Gemeinwesens auf allen politischen Ebenen kontrovers und leidenschaftlich geführt werden. Die *Erklärung der Rechte indigener Völker* kann in diesem Zusammenhang als ein Produkt des internationalen politischen Feldes, als materialisierte Bestätigung der langjährigen Arbeit vie-

ler indigener Aktivisten gesehen werden. Diese haben den Kampf um das Schriftstück zu einem zentralen Inhalt ihrer Tätigkeiten gemacht. Eine offene Frage bleibt dabei jedoch zu diesem Zeitpunkt, in welcher Form die ›Konsumenten‹ des Produkts nun mit diesem umgehen werden: Welche Auswirkungen wird das Dokument auf politische Praktiken zeigen? Wer wird es sich aneignen und in welcher Form?

Die vorliegende Studie hat, mit ihrem Blick auf die komplexen historischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Zusammenhänge, in denen sich die Entwicklung indigener Bewegungen vollzieht, zur Skepsis bezüglich einfacher Schlussfolgerungen über die ›revolutionäre Kraft‹ des politischen Projekts indigener Bewegungen gemahnt. Gleichzeitig wurde deutlich, dass man schwerlich von nur *einem* Projekt, sondern besser von einer Vielzahl selbiger sprechen kann. Schon der Prolog, in dem ich die Probleme *Manuel Ijumas* und seines Zusammenschlusses von Cocama-Cocamilla Gemeinden im peruanischen Tiefland vorstellte, zeichnete ein sehr ambivalentes Bild der indigenen Organisationsprozesse.

Auch wenn ich die in dieser Studie praktizierte ›Ethnologie indigener Bewegungen‹ jenseits politischer Programmatik verankert habe (vgl. Kapitel II.4), möchte ich in diesem Schlusskapitel – im Anschluss an Überlegungen zu den Rahmenbedingungen politischen Handelns, welche die empirischen Ergebnisse dieser Studie (vgl. Kapitel VI und XI) auf theoretischer Ebene weiterverarbeiten – versuchen, einige praxisbezogene Anmerkungen zur Unterstützung indigener Organisationsprozesse durch Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit zu machen. Obwohl ich mich dabei für den peruanischen Kontext zu Illustrationszwecken auf ein konkretes Projekt der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) beziehe, sind meine Überlegungen allgemeiner Natur und stellen keine Bewertung der Arbeit der gerade genannten Institution dar. Des Weiteren möchte ich meine Ausführungen nicht als Handlungsanweisungen verstanden wissen, sondern als generelle Überlegungen, welche die Erkenntnisse dieser Studie zusammenfassen und auf die Entwicklungszusammenarbeit mit indigenen Organisationen beziehen.

1. Das Problem der Entfremdung: Kongruenz und Inkongruenz zwischen politischem Handeln und politischem Verhalten¹

Der Ethnologe Frank Heidemann (2003: 160) nennt »jegliches Handeln, das die Herstellung, Veränderung oder bewusste Wahrung von allgemeinen Verbindlichkeiten, Normen, Regeln und Gesetzen beabsichtigt oder bewirkt« politisch. Eine wichtige Komponente ist in dieser Konzeption von Politik nur implizit enthalten: Es geht bei den genannten Handlungen immer um Regeln, welche die Organisationsform und oft auch Definition eines Kollektivs betreffen. In diesem Zusammenhang spielen Vorstellungen über die richtige Ordnung des Gemeinwesens eine zentrale Rolle. Wie komplex Auseinandersetzungen über bestehende und anzustrebende politische Organisationsformen sein können, war Thema dieser Studie. Sie hat auch gezeigt, dass parallel zur Diskussion der Frage, wie die richtige Ordnung eines Gemeinwesens auszusehen hat, oftmals genauso heftig darüber gestritten wird, wer überhaupt zu welchem politischen Kollektiv dazugehört und warum. Der Kampf um Mitglieder, genauso wie die Einteilung in »innen« und »außen«, erwiesen sich auch als zentrale Elemente der Auseinandersetzungen um die und innerhalb der indigenen Bewegungen. Diese wichtigen Dimensionen der Repräsentationsfrage, vor allem in ihren Auswirkungen auf die politische Praxis der Akteure, bleiben in wissenschaftlichen Arbeiten über indigene Bewegungen oftmals unterbelichtet. Dabei hilft die Auseinandersetzung mit dieser Thematik, differente Vorstellungen von einer gerechten Ordnung des politischen Gemeinwesens zu verstehen und damit abstrakte theoretische Diskussionen um die politische Bedeutung indigener Zusammenschlüsse von ihrem normativen Impetus zu lösen (vgl. Kapitel II).

Politisches Handeln und politisches Verhalten

Politisches Handeln ist immer geknüpft an Vorstellungen über die richtige und gerechte Ordnung des Gemeinwesens (vgl. Rosa 2001: 26). Diese Ideen dienen den Mitgliedern einer politischen Gemeinschaft dazu, sowohl den Diskurs als auch die Praxis ihrer Repräsentanten zu bewerten. Eine überzeugende politische Ideologie – verstanden als ein System von ethischen Prinzipien und Postulaten, welche die Ausübung von Macht und Autorität legitimieren – bildet die Voraussetzung, um Anhängerschaft zu mobilisieren und den längerfristigen Zusammenhalt einer politischen Gemeinschaft zu gewährleisten. Der

1 Ich übernehme die Definitionen dieser beiden analytischen Kategorien von Hartmut Rosa, der sie, aufbauend auf dem Konzept des »menschlichen Handelns« von Charles Taylor (1985), in seinem Aufsatz »Politisches Handeln und die Entstehung des Neuen in der Politik« (2001) entwickelt.

Ethnologe Donald Kurtz (2001: 33, 35) verweist auf den Umstand, dass politische Ideologien je nach Art des Gemeinwesens stark variieren können: Während zum Beispiel in modernen Staaten meist soziale Gerechtigkeit ein fundamentales Prinzip ist, wird in Gemeinschaften, in denen Führungspersonlichkeiten keine starke Macht in Form von Zwangsgewalt erlangen können, eher Großzügigkeit als verbindliche Norm geschätzt. Unabhängig von diesen entscheidenden Differenzen in den Vorstellungen über ›richtiges‹ politisches Handeln und die ›gerechte‹ Ordnung des Gemeinwesens gibt es jedoch eine universelle Konstante: Wenn die Aktionen eines politischen Führers den moralischen, aber auch materiellen Erwartungen seiner Anhänger entgegenstehen, versuchen diese, ihm die Repräsentations- und Entscheidungsmacht zu entziehen. Dies geht meist leichter, wenn die Gemeinschaft kleiner und Führerschaft informell geregelt ist und erweist sich oftmals als ein komplexer, widersprüchlicher Prozess in gesellschaftlichen Zusammenhängen mit zentralisierten Regierungsstrukturen. Fest steht jedoch in beiden Fällen: Politiker müssen ihre Entscheidungen stark an der Rationalität ihrer jeweiligen Bezugsgemeinschaft ausrichten, um sich in ihrer Position halten zu können.²

Eine wichtige Dimension bei der Analyse politischer Prozesse ist dabei auch die Unterscheidung zwischen politischem Handeln und politischem Verhalten. Letzteres kann durch die heterogensten Formen nicht-politischer Wertungen bestimmt sein und richtet sich auf die Durchsetzung entsprechender Interessen (vgl. Rosa 2001: 27). Hilfreich zum Verständnis dieser Differenzierung zwischen politischem Handeln und politischem Verhalten ist Frederik Baileys (2002 [1969]: 91ff.) Darstellung von Politik als einem spielerischen Wettstreit, der von einem Satz von Regeln bestimmt wird. Dabei unterscheidet er zwischen normativen und pragmatischen Regeln. Erstere sind das ›öffentliche Gesicht‹ der Politik und verkörpern die ethischen und moralischen Grundwerte der Gemeinschaft. Letztere werden angewendet, um ein angestrebtes Ziel zu erreichen – die Durchsetzung der eigenen Interessen, die von der Gewährung gewisser Privilegien bis hin zur Erlangung der politischen Macht reichen können. Beide Regelsätze – normative und pragmatische – stehen sich jedoch in der Realität nicht gegenüber, sondern beeinflussen sich gegenseitig. Gleiches gilt für das Verhältnis zwischen politischem Handeln und politischem Verhalten. Beide zusammen definieren die politische Praxis. Diese wird zudem meist bestimmt durch Mischformen sozialen Handelns und Verhaltens, die auch von anderen Feldern als dem politischen (z.B. dem wirtschaftlichen oder religiösen) beeinflusst werden können. Aus dem komplexen

2 Auch in politischen Gemeinschaften, die unter Anwendung physischer und psychischer Gewalt ›zusammengedehnt‹ werden, brauchen der oder die politischen Führer eine Mindestzahl an Verbündeten, denen es lohnend erscheinen muss, die bestehenden Verhältnisse aufrechtzuerhalten.

Zusammenspiel aller genannter Faktoren ergeben sich immer nicht vorhersehbare Konsequenzen für Form und Gestaltung des Gemeinwesens.

Demokratische und egalitäre politische Gemeinwesen

In Demokratien avanciert das Prinzip, das Handeln der politischen Eliten möglichst eng an die Vorstellungen der Wähler über die erstrebenswerte Form ihres Gemeinwesens zu binden, zur Kernidee politischer Überzeugungen. Dadurch soll gewährleistet bleiben, dass die Repräsentanten nur dann Erfolg haben, wenn sie die Vorstellungen der von ihnen Vertretenen umsetzen. Da dennoch auch die Bürger demokratischer Staaten von ihren Politikern weiterhin die Vertretung von Partikularinteressen erwarten, die sich meistens in einem gewissen Spannungsverhältnis zur normativen Vorstellung über das richtige Gemeinwesen befinden, werden starke Institutionen geschaffen, die über die Einhaltung der Prinzipien wachen (vgl. Rosa 2001: 28). Somit ist ein fundamentales Element des demokratischen Staatsmodells die Einrichtung wirksamer Kontrollmechanismen, die für den Zusammenhalt der Gemeinschaft als Kollektiv sorgen, indem sie den Partikularinteressen ihrer Einzelmitglieder entgegensteuern.

Kontrolle politischer Führungspersönlichkeiten ist auch in segmentären Gesellschaften ein zentrales Anliegen der Mitglieder eines Gemeinwesens. Hier jedoch gibt es meist keine, unserem staatlich geprägten Verständnis von Politik entsprechenden, sichtbaren Institutionen, welche als Korrektiv fungieren. Kontrolle wird hingegen durch andere soziale Instanzen ausgeübt, zum Beispiel entlang der Linien von Verwandtschaft, Altersklassen, Geheimbünden etc. und in Form sogenannter parapolitischer Mittel wie Hexereianschuldigung, Klatsch, öffentlichem Spott und anderen Formen sozialer Ächtung. Das Verhältnis zwischen Führung und Gefolgschaft ist somit stärker ›personalisiert‹ als in modernen Demokratien ›westlicher‹ Prägung und funktioniert nicht an Hand formal-bürokratischer, unpersönlicher Gesetzgebungen und durch die Institutionalisierung von Ämtern.

Inzwischen sind jedoch auch alle segmentär organisierten Gruppen weltweit von staatlichen Gebilden erfasst worden und werden mehr oder weniger stark von deren Ordnungsprinzipien geprägt. Demokratien gelten dabei in internationalen Zusammenhängen gegenwärtig als privilegiertes Modell politischer Organisation. Ein wichtiges Ziel ›westlich‹ geprägter Entwicklungszusammenarbeit ist deshalb die Förderung entsprechender Strukturveränderungen in den jeweiligen Zielländern der Hilfsleistungen. In Bezug auf Lateinamerika gelten in diesem Zusammenhang vielen in der Praxis tätigen Entwicklungsexperten, aber auch Wissenschaftlern, die neuen indigenen Bewegungen als wichtige soziale Kräfte für die angestrebte Stärkung demokratischer Grundwerte (vgl. Kapitel II.3). Denn, die bestehenden politischen Sys-

teme der meisten mittel- und südamerikanischen Länder werden in ihrem gegenwärtigen Zustand als ›unvollständige‹ Demokratien verstanden (vgl. Alvarez et al. 1998). Auch die geschichtliche Betrachtung Perus bewies, dass bislang immer nur ein zahlenmäßig geringer Prozentsatz dieses kulturell äußerst heterogenen Nationalstaats seine Partikularinteressen und seine Vorstellungen eines gerechten Gemeinwesens durchsetzen konnte – zwangsläufig auf Kosten anderer Gruppen. Die indianischen Gesellschaften im Tiefland wurden dabei zum Beispiel bis in die 1970er Jahre vollständig aus der nationalen politischen Gemeinschaft ausgeschlossen. Starke Institutionen, die als wirksame und demokratische Kontrollmechanismen agieren und diesen Ausschluss hätten reklamieren bzw. dessen Missbrauch durch andere Interessengruppen verhindern können, fehlten bis zu jenem Zeitpunkt.³ Möglich war dieses politische Verhalten von Seiten der Machthabenden, weil sie ihr politisches Handeln so interpretierten, dass die bestehenden Verhältnisse zumindest ihnen ›gerecht‹ erschienen und sie gleichzeitig anderen Vorstellungen die Möglichkeiten entzogen, sich durchzusetzen.

Doch dieses politische Selbstverständnis der Machthabenden wandelte sich – zumindest teilweise – in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Innerhalb des peruanischen Nationalstaats entstanden politische Handlungsräume, die den Aufbau neuer Organisationszusammenhänge auf Dorf- und supralokaler Ebene im Tiefland anfangs förderten sowie später zumindest duldeten und dadurch die Beziehungen zwischen nationaler Gesellschaft und *nativos* veränderten. Doch ist ›neu‹ dabei ein trügerisches Wort, das nicht synonym zu ›vollkommen anders‹ verstanden werden darf. Im Tiefland traf die Einführung dieser Institutionen (Gemeinderat und dauerhafte supralokale indigene Zusammenschlüsse) natürlich nicht auf einen politisch neutralen Raum. Die Ergebnisse der Untersuchungen im zweiten Teil dieser Studie zeigten, dass politisches Handeln von Seiten der organisierten Gruppen auch weiterhin implizit nach zuvor gültigen Normen beurteilt wurde und wird: Als ›guten‹ Führer bezeichnet man denjenigen, der sich großzügig erweist und seine Anhängerschaft mit Geschenken und beständiger Kommunikation zu überzeugen weiß. Auch wenn dieser *Big Man* dabei ähnlich wie ein Politiker moderner Demokratien eng an den Willen seiner ›Wählerschaft‹ gebunden ist, liegt dem Prinzip eine andere politische Ideologie zugrunde, die erst einmal wenig mit demokratischen Diskursen über das ideale Gemeinwesen zu tun hat. Nicht eine abstrakte Vorstellung ›sozialer Gerechtigkeit‹ und ›Gleichstellung‹, sondern der Aufbau von sozial wirksamen Reziprozitätsbeziehungen bestimmt die diesbezüglichen Vorstellungen. Zudem ist nicht der autonom handelnde, seine Interessen eigenständig vertretende und dabei den legal verankerten

3 Bis heute bleibt ihre Einführung, wie gesehen, äußerst unvollständig (vgl. Kapitel VII und VIII).

Prinzipien der Rechtsordnung treue Staatsbürger liberaler Prägung das Ideal (vgl. Rosa 2001: 36), sondern ein situationsabhängig nach größeren Allianzen suchendes, sich seiner Abhängigkeit von anderen dennoch bewusstes Mitglied einer durch beständige Kommunikation aufrechtzuerhaltenden, verwandtschaftlich geprägten politischen Bezugsgemeinschaft segmentären Charakters.

Dennoch existieren auch unter den indianischen Tieflandbewohnern Vorstellungen über die ideale Form des politischen Gemeinwesens, die sich an staatlichen Organisationsmodellen orientieren: Wie gesehen wird zum Beispiel der nationale Zusammenschluss der Tieflandindianer AIDESEP als (inoffizielle) Regierung der Indigenen des peruanischen Amazonasgebietes bezeichnet – und dies interessanterweise nicht nur von Seiten der Repräsentanten, sondern in manchen Situationen auch von Teilen der Wählerschaft. Doch in der Praxis stehen, wie gesehen, weder die zur Erfüllung dieser Aufgabe notwendigen ökonomischen und politischen Ressourcen bereits zur Verfügung, noch weist das politische Verhalten der Wählerschaft darauf hin, dass sie sich unter den gegenwärtigen Bedingungen diesbezüglich zur Kooperation bereit erklären würden. Gegen die Zentralisierung von Macht spricht das Streben nach direkter sozialer Kontrolle des politischen Führers durch seine Gefolgschaft. In der Realität stehen sich beide Ideen dennoch nicht einfach dichotom gegenüber, sondern vermischen sich – sowohl in den Vorstellungen der Akteure als auch in ihrem politischem Verhalten. Als wichtige Komponente, welche die politischen Organisationsprozesse der Tieflandindianer beeinflusst, kommt in diesem Vermischungsprozess das über Jahrhunderte gefestigte Patronage-System ins Spiel, das die asymmetrischen Beziehungen im interethnischen Kontakt begründete und festigte. Das generalisierte Misstrauen in Bezug auf die Authentizität der Repräsentanten, die auf höhere Organisationsebene aufsteigen, belegt, dass man in ihnen potentielle *patrones* sieht. Zu diesen sucht man zwar den Kontakt, um an begehrte, lokal nicht zugängliche Ressourcen zu gelangen, sieht sie aber deshalb keinesfalls als legitime politische Interessenvertreter der eigenen Gemeinschaft.

Das Problem der sozialen Entfremdung

Politisches Handeln und politisches Verhalten haben innerhalb der neuen indigenen Organisationszusammenhänge, vor allem auf höheren Organisationsebenen, eine äußerst geringe Deckungsgleichheit. Dies ist einer der wichtigsten Gründe für die mangelnde Übereinstimmung zwischen den Wir-Gefühlen von Dorfbewohnern und den von Seiten der Repräsentanten proklamierten. Der politische Philosoph Hartmut Rosa bietet einen plausiblen analytischen Schlüssel zum Verständnis dieses Dilemmas:

»Fallen implizite und explizite Selbstdeutungen, oder Theorien und Praktiken, in einer Gesellschaft bzw. in einem ihrer Teilbereiche [...] auseinander, so wird dies zwangsläufig ein Gefühl der Entfremdung auf Seiten der Akteure erzeugen, da sie gezwungen sind, ihre Handlungen an zwei (oder mehreren) widersprüchlichen Selbstinterpretationen zugleich zu orientieren; und dieses Gefühl der Entfremdung wird notwendige Deutungs- und Entscheidungsunsicherheiten [...] erzeugen [...]« (Rosa 2001: 33).

Das Gefühl der Entfremdung ist sowohl auf beiden Seiten (Repräsentanten und Repräsentierte) als auch auf sämtlichen Organisationsebenen dominant: Dorfbewohner misstrauen ihren Vertretern, diese wiederum entfremden sich durch die Ausübung ihres Amtes von ihrer Wählerschaft. Am Ständigen Forum für indigene Angelegenheiten schließlich distanzieren sich auch Lokalpolitiker und Repräsentationsfachleute auf Grund ihrer verschiedenen Bezugsgruppen, der vorhandenen sozialen Statusunterschiede und divergierender Interessen voneinander. Diese Entwicklungen, so meine in den empirischen Teilen der Studie untermauerte These, sind vor allem dem Umstand geschuldet, dass die Akteure ihre Handlungen an verschiedenen, in Widerspruch zueinander stehenden, normativen Deutungen des idealen Gemeinwesens orientieren (müssen) und zudem ihre politischen Handlungen mit pragmatischen, oftmals existentiellen, meist ökonomischen Interessen in Konflikt geraten. Diese Nöte ergeben sich aus den systematischen Zusammenhängen, in denen die indigenen Akteure sich bewegen. Unter den gegebenen Bedingungen entsteht eine derart frappierende Inkongruenz zwischen politischem Handeln und politischem Verhalten, dass die von Repräsentanten ausgerufene politische Gemeinschaft von Seiten der Repräsentierten meist als nicht existent oder zumindest immer als äußerst fragil begriffen wird.

Geht man von der Prämisse aus, dass indigene Organisationen dennoch nicht grundsätzlich politisch bedeutungslos sind – ihr zeitweiliges Erstarken sowie die trotz allem immer wieder abgehaltenen Wahlen, auch auf Föderationsebene, belegen dies – erscheint das entwicklungspolitische Anliegen, die Zusammenschlüsse zu stärken, aus Perspektive einer anwendungsbezogenen Wissenschaft unterstützenswert. Es stellt sich dann jedoch folgende Frage: Welche Möglichkeiten gibt es, die vorhandenen Legitimationsprobleme, wenn auch nicht zu lösen – eine gewisse Inkongruenz zwischen politischem Handeln und politischem Verhalten wird, wie gesehen, immer bestehen –, so zumindest zu verkleinern und damit die indigenen Organisationsprozesse als authentischen politischen Ausdruck bislang in nationalstaatlichen Zusammenhängen marginalisierter Bevölkerungsgruppen zu stärken?

2. Praxisbezogene Überlegungen zur Unterstützung der ›neuen‹ indigenen Organisationsprozesse in Peru

Auf Grund der Bedeutung, die indigenen Bewegungen von Seiten der internationalen Entwicklungszusammenarbeit für die Stärkung der Demokratien in Lateinamerika in den letzten Jahren beigemessen wurde, flossen auch in Peru in größerem Umfang Finanzmittel zur Unterstützung der ›Institutionalisierungsprozesse‹ indigener Organisationen. So führte die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit erstmalig ein Projekt in direkter Kooperation mit AIDSESEP durch – im Rahmen ihres Vorhabens der »Stärkung demokratischer Regierungsführung und zivilgesellschaftlicher Teilhabe« (GTZ 2005). Das Projekt zielt auf die »Ermächtigung« (*empowerment*) »ausgegrenzter Bevölkerungsgruppen« ab und bezieht sich vor allem auf eine indigene Organisationsstärkung auf nationaler Ebene. Ausgehend von der Annahme, dass »Organisationsentwicklung, Kommunikation und Gleichberechtigung der Stärkung der Legitimation der indigenen Dachverbände« dienen (GTZ 2005: 13), entwickelte die GTZ, zusammen mit Vertretern von AIDSESEP und solchen der regionalen Dachverbände, im Vorfeld der Projektdurchführung einen Vier-Punkte-Plan:

- Grundsätzlich wurde festgestellt, dass AIDSESEP als nationaler Dachverband einen wichtigen Rahmen für Erfahrungsaustausch zwischen den involvierten Akteuren und für die Verbreitung von gelungenen Operationsplänen bietet.
- Ins Auge gefasst wurde die Stärkung der horizontalen und vertikalen Kommunikation, um bestehenden Kommunikationsproblemen zu begegnen. Diese erklärten sich die Vertreter von GTZ und AIDSESEP unter anderem aus folgenden Gegebenheiten: Dominanz indigener Sprachen, Defizite im Zugriff auf Kommunikationsmedien, räumliche Entfernungen, Mobilitätskosten. Als Lösungen wurden vorgeschlagen: Ausbildung indigener Kommunikatoren, Netzbildung (z.B. durch lokale Radioprogramme) sowie Institutionalisierung der politischen Partizipation von Frauen.
- Des Weiteren sollten die Führungskompetenzen ausgewählter Individuen gestärkt werden, vor allem in Form eines mehrmonatigen Praktikums in der Zentrale von AIDSESEP.
- Und schließlich wollte man Organisationsförderung (Satzung, Kommunikation, Planung) in ausgewählten Mitgliedsorganisationen betreiben und Operationspläne erarbeiten, um politische Vorschläge auch durchsetzen zu können (GTZ 2005: 14).

Abgesehen davon, dass im Zuge der Umsetzung das ambitionierte Projekt verkleinert werden musste und sich in der Folge vor allem auf die Institutionalisierung der politischen Partizipation von Frauen sowie die Stärkung der Führungskompetenzen in Form von Praktika konzentrierte, sehe ich einige grundsätzliche Schwierigkeiten in der Anlage des Plans. Diese ergeben sich zum einen aus der vorgenommenen Deutung sowie der veranschlagten Lösungsansätze bezüglich der Kommunikationsprobleme, zum anderen aus der zugrunde gelegten Vorstellung von Institutionalisierung.

Kommunikationsdefizite wurden auch in der vorliegenden Studie als grundlegendes Problem der Organisationsprozesse ausgemacht. AIDSESEP und GTZ machen diese Schwierigkeiten jedoch zu einem großen Teil an organisationsexternen Faktoren fest, denen sie primär mit Hilfe entsprechender technischer Mittel (Computer, Informationsbroschüren, Radioprogramme) Abhilfe schaffen wollen. Ich bin hingegen der Meinung, dass die Bereitstellung technischer Mittel zwar wichtig, aber nur eine Symptom- und nicht eine Ursachenbekämpfung darstellt. Die Akzentsetzung auf der Förderung einzelner Personen kann hingegen in der vorgeschlagenen Art und Weise sogar kontraproduktiv für die Stärkung der Organisationsstrukturen sein. Die Analyse der Situation in Peru und am Ständigen Forum für indigene Angelegenheiten ergab, dass vor allem die soziale Distanz zwischen den Akteuren, der Entfremdungsprozess, der durch Abkoppelungsdynamiken sowie durch die Überlagerung verschiedener politischer Legitimationsmodelle entsteht, die Kommunikationsprobleme hervorruft. Für diese lassen sich somit schwerwiegende organisationsinterne Probleme mit verantwortlich machen. Zur Lösung dieser Schwierigkeiten könnten deshalb Wege gesucht werden, soziale Nähe innerhalb der Zusammenschlüsse zu fördern und beständig zu bestätigen. Die derzeitigen Organisationsstrukturen indigener Bewegungen zeichnen sich vor allem durch mangelnde Kontrollmöglichkeiten der Repräsentanten durch die Repräsentierten aus.

Das GTZ-Projekt zielt auf die Stärkung des nationalen Zusammenschlusses ab, die aber nur erfolgen könnte, wenn eine enge und stabile Verzahnung der einzelnen Organisationsebenen gelänge.⁴ Unter den in diesem Buch dargelegten Umständen könnte dies allenfalls ein langfristiges Ziel sein, für das zuerst die grundlegenden Voraussetzungen auf lokaler Ebene geschaffen werden müssten. Fraglich ist deshalb, ob das Projekt an der richtigen Stelle ansetzt, wenn es sich auf die nationale Organisationsebene konzentriert. Die größten Probleme entstehen auf lokaler Ebene, bei der praktischen Einforde-

4 Abgesehen davon bleibt es für mich allerdings grundsätzlich fraglich, ob das veranschlagte Ziel das richtige ist. Eine nationale Organisation würde niemals die Interessen aller oder auch nur einer Mehrheit der in ihr zusammengeschlossenen Gruppen vertreten können, sondern immer nur Partikularinteressen. Sie entspricht in diesem Sinne eher einer Partei als einer ›Regierung‹.

zung legal gesetzter Rahmenbedingungen (z.B. ILO Konvention 169 bzw. Gesetzgebung zu den *comunidades nativas*) in konkreten Situationen. Es bedürfte somit der Förderung und längerfristigen Begleitung lokal verankerter Personen und Gruppen. Sinnvoll erschiene es, diese vor Ort und abgestimmt auf die jeweils bestehenden Probleme zu schulen, um den Prozess auch für die nicht involvierten Mitglieder der jeweiligen politischen Bezugsgemeinschaft transparent zu gestalten.

Geht man von der Vorstellung aus, dass AIDSESEP eine Art inoffizielle Regierung der Tieflandindianer mit demokratischem Vorbildcharakter darstellen möchte, bedürfte es vor allem wirksamer Kontrollmechanismen, um die ›Volksvertreter‹ eng an ihre Wählerschaft zu binden. Dementsprechend wäre die Ausarbeitung von Normen sinnvoll, die sich in einem größtmöglichen Maße mit den – allerdings wie gesehen auch innerhalb der Gemeinschaft und in sich widersprüchlichen – Vorstellungen der Vertretenen über das ideale Gemeinwesen decken. Das würde konkret bedeuten, ›Operationspläne‹ auf Dorf- und Föderationsebene, in Einklang mit lokalen Interpretationen von ›Regierung‹ zu erarbeiten. Außerdem bedürfte es in einem weiteren Schritt unabhängiger Kontrollinstanzen über die Einhaltung der vorgeschlagenen Ordnungsprinzipien. Das würde zuerst einmal die Förderung der Etablierung entsprechender Räume des politischen Dialogs auf Dorf- und Föderationsebene voraussetzen, um sich über die adäquate Form der anzustrebenden Zusammenschlüsse in kontinuierlicher Form zu verständigen.

Die Ausbildung einzelner ›Multiplikatoren‹, seien es indigene Kommunikatoren oder AIDSESEP-Praktikanten, führt diesbezüglich nicht zur Stärkung des Korporativgedankens oder lokaler Vorstellungen vom ›guten Führer‹, sondern zur Förderung individueller Durchsetzungskraft in nationalstaatlichen Zusammenhängen. Denn: Ohne Zweifel empfinden die ›Auserwählten‹ ihre persönliche Förderung als bedeutende Chance. Bei der großen Masse der Nicht-Begünstigten wird hingegen der Vertrauensverlust in die Organisationen verstärkt. Diese büßen dadurch ihre primär politische, d.h. gemeinschaftsbezogene Funktion ein. Zudem hat die hohe Misserfolgsquote vergangener Stipendien-Programme bewiesen, dass formale Bildung erstens kein Garant für eine ›bessere Zukunft‹ ist und zweitens die jungen Studenten ohne den entsprechenden sozialen Rückhalt in die gesellschaftliche Isolation getrieben werden (vgl. Kapitel X.5).

Auf lokaler Ebene besteht derweil die weitverbreitete Meinung, dass die begünstigten Personen ihre Stellung primär für partikuläre Interessen nutzen. Das Statusführerideal indianischer Prägung gibt zudem vor, dass politische Macht nicht, wie dies in zentralisierten Systemen der Fall ist, dazu genutzt werden kann, sich zum Beispiel auch ökonomisch zu bereichern. Dementsprechend werden individuelle Schulungen als persönliches Karrieresprungbrett für soziale Aufsteiger und ›Gruppendissidenten‹ gesehen und nicht als

politische Trainingsmaßnahmen für authentische, weil sozial verankerte Vertreter. ›Authentisch‹ definiere ich dabei mit Jonathan Friedman als »the state of integrity of the members of an identifying group. Inauthenticity would thus consist in the relative alienation from the cultural model, a lack of engagement, a social distance with respect to the values and categories embodied in a tradition or program of action« (Friedman 1993: 761). Geteilte Erfahrungen bestimmen den Erfolg und die Resonanz von Realitätsmodellen der sie Praktizierenden und Propagierenden. Um die postulierte gemeinsame Identität von Repräsentanten und Repräsentierten für letztere glaubhaft zu machen, muss ein Kern gelebter Erfahrungen die Konstituenten verbinden.

Die Träger entwicklungspolitischer Projekte zur institutionellen Stärkung indigener Bewegungen könnten derweil dem Entfremdungsprozess zwischen Repräsentanten und Repräsentierten schon alleine dergestalt entgegensteuern, dass sie sich selbst ihren ›Zielgruppen‹ geografisch und sozial annähern. Von Lima aus kann man nur schwer in der von der GTZ anvisierten Art und Weise dazu beitragen, die Bevölkerung des Tieflands zu ›ermächtigen‹. Diese Arbeit vollständig an lokale Akteure zu delegieren, ist, meiner Meinung nach, eine falsche Interpretation ethischer Grundsätze einer ›partnerschaftlichen Zusammenarbeit‹, wenn die entsprechenden Kontrollmechanismen zur Überprüfung dieser Akteure fehlen bzw. die dafür entwickelten Kriterien sich in erster Linie an den Vorgaben der Geldgeber ausrichten. Damit tragen diejenigen, die angetreten sind zu ›demokratisieren‹, letztendlich oftmals – entgegen ihrer Absichten – zur Festigung klientelistischer Strukturen bei. Die Repräsentanten können ihre privilegierte Position im Umgang mit den finanzkräftigen externen Akteuren dazu nutzen, um sich selbst zu großen Vermittlern zu entwickeln.

Das Ziel – die Stärkung und Unterstützung indigener Organisationsprozesse – könnte auch unter Zuhilfenahme einer etwas anders gelagerten Konzeption des Begriffs ›Institutionalisierung‹ angestrebt werden. Aufbauend auf eine von Mary Douglas (1989) formulierte Definition des Begriffs ›Institution‹ meine ich: Institutionen sind mehr als ihre greifbaren Materialisierungen in Form von Organisationen. Sie sind ein kognitives Wahrnehmungsraster, das unsere politischen Handlungen beeinflusst. ›Indigenität‹ ist eine solche Institution – ein sozial konstruiertes Klassifizierungssystem, das die Wahrnehmungen der Menschen kanalisiert und ihnen Entscheidungshilfen gibt. Aus diesem Grund besitzt der Begriff ›indigene Völker‹, wie gesehen, eine nicht zu unterschätzende politische Wirkkraft auf lokaler Ebene. Das Beispiel der in Kapitel X.1 vorgestellten *comunidad nativa* Huitoto ist für mich in diesem Sinne richtungweisend. Die Selbstdefinition als *comunidad nativa* hat in dem Fall konkrete Ermächtigungspotentiale für die lokale Bevölkerung gezeigt. Das bedeutet schlicht und einfach, dass die Dorfbewohner aktiv versucht haben, neue Handlungsmöglichkeiten zu nutzen. Sie, bzw. politisch en-

gagierte Personen ihrer Gemeinschaft, haben gelernt, bestehende Gesetzgebungen (z.B. die ILO Konvention 169 und die Gesetzgebung zu den *comunidades nativas*) zur Umsetzung eigener Interessen anzuwenden. Diese Prozesse müssen in der Praxis unterstützt werden und nicht allein durch den Kampf um die Bereitstellung entsprechender Gesetzestexte oder Absichtserklärungen von Regierungsseite. ›Ermächtigung‹ erfolgt erst dann, wenn man weiß, wie diese Werkzeuge angewendet werden können.

Sensibilisierungsmaßnahmen von Seiten entwicklungspolitischer Akteure könnten derweil auch verstärkt in die andere Richtung laufen. Wie gesehen entscheiden staatliche Funktionäre über Titulierungsanträge indigener Gemeinden oft an Hand ihrer eigenen Wahrnehmungsmuster von ›Landnutzung‹ (vgl. Kapitel IX.3). Eine zentrale Aufgabe besteht somit wohl vor allem auch in der kontinuierlichen und hartnäckigen Lobbyarbeit auf allen Ebenen staatlicher Bürokratie, um ein neues politisches Verhalten unter den Entscheidungsträgern zu ›institutionalisieren‹.

3. Das Ständige Forum für indigene Angelegenheiten – eine Empfehlungsfabrik?

»[Das Ständige Forum für indigene Angelegenheiten] ist eine Fabrik für Empfehlungen, in der niemand zu etwas verpflichtet wird« (Interview Matías Alonso 19.05.2004).

Das Ständige Forum für indigene Angelegenheiten definiert sich als Handlungsraum, in dem verschiedene soziale Kräfte – Regierungsvertreter und zivilgesellschaftliche Interessengruppen – zu einem Dialog zusammenkommen können, um sich über die wünschenswerte Form ihrer politischen Gemeinschaften zu verständigen. Dabei liegt das Hauptaugenmerk laut offiziellem UN-Diskurs auf indigenen Vorstellungen idealer Gemeinwesen. Die Veränderungsvorschläge indigener Repräsentanten werden in Form von Empfehlungen an die diversen UN-Einrichtungen und nationale Regierungen weitergeleitet. In diesem Prozess ergeben sich zwei Probleme: Zum einen das im Zitat von Matías Alonso angesprochene, das die Frage aufwirft, wie man gewährleisten kann, dass Worten Taten folgen. Zum anderen entsteht durch die grundsätzliche Öffnung der Sitzungen des Forums für alle gesellschaftlichen Gruppierungen eine paradoxe Situation. Einerseits ermöglicht diese Offenheit indigenen Akteuren durch eine zahlenmäßige Überlegenheit in den Sitzungen, an politischer Präsenz und damit an symbolischem Kapital zu gewinnen. Andererseits unterstützt die generalisierte Teilnahmemöglichkeit die Herausbildung grundlegender Konflikte und provoziert in der Folge Differenzierungsprozesse innerhalb der Gruppe indigener Akteure, die tendenziell zu ihrer

politischen Schwächung führen. Dies hängt auch damit zusammen, dass eindeutige Kriterien zur Bestimmung der Authentizität politischer Repräsentanten fehlen. Das sorgt für Konfliktpotential innerhalb der Gruppe indigener Akteure sowie zu ihrer Diskreditierung in der Außenwahrnehmung.

Jedoch ist die UNO kein Ort, an dem über die Authentizität lokaler Repräsentanten differenzierte Aussagen getroffen werden könnten. ›Produzenten‹ und ›Konsumenten‹ politischer Lösungen sind räumlich radikal voneinander getrennt, wodurch erstere in ihren Handlungen autonom werden. Jeder kann sich im Kontext des Forums zu einem politischen Repräsentanten indigener Völker erklären. Dementsprechend ist der Raum, der sich indigenen Akteuren scheinbar besonders weit geöffnet hat gleichzeitig ein Ort, an dem die realen Gestaltungschancen von Politik für sie dennoch gering bleiben.

Das von Matías Alonso angesprochene Gefühl der Verpflichtung zur Umsetzung von Empfehlungen sollten nicht nur Vertreter der UN-Agenturen und nationaler Regierungen entwickeln, sondern auch die indigenen Repräsentanten selbst. Sie könnten ihre politische Einflussnahme bei der UNO und im lokalen Kontext dadurch erhöhen, dass sie konkrete Rückbindungsarbeit zwischen beiden Ebenen leisten. Am Beispiel der Organisation AIDSESEP könnte dies idealtypisch folgendermaßen aussehen: In den Föderationen werden jedes Jahr die wichtigsten Probleme aller Gemeinden zusammengetragen und besprochen; die Ergebnisse werden auf die nächst höhere Ebene weitergeleitet und abgeglichen mit den Beiträgen der anderen Föderationen. Zu guter letzt findet eine Systematisierung in AIDSESEP statt, auf dessen Grundlage ein Bericht für die relevanten Adressaten erstellt wird: die eigene Regierung, UN-Organisationen, Weltbank, OAS etc. Dieser kann auch im Forum eingereicht bzw. in den entsprechenden Sitzungen vorgetragen werden. Im Gegenzug wird den lokalen Gemeinschaften von den bei den Sitzungen anwesenden Repräsentanten über die Entwicklungen am Forum Bericht erstattet. Nicht etwa nur in schriftlicher Form, sondern vor allem in Versammlungen. Beständen entsprechende Kontrollmechanismen in der Organisation, um die Vertreter zur Rückmeldung zu zwingen, könnte diese Form der Anbindung vielleicht erfolgreich sein.

Des Weiteren erschiene es mir sinnvoll, in den Sitzungen des Forums eine Reduzierung der Themenvielfalt anzustreben. Das Mandat des Forums – die Erteilung von Ratschlägen an den Wirtschafts- und Sozialrat zu Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, Kultur, Umwelt, Bildung, Gesundheit und Menschenrechte – ist zu umfangreich, um effektiv in jeder Sitzung bewältigt werden zu können. Die Informationsfülle bewirkt, dass vor allem unerfahrene Teilnehmer schnell den Überblick verlieren und letztendlich der von Matías Alonso geschilderte Eindruck überwiegt: Das Forum wird zur ›Empfehlungsfabrik‹ ohne nachhaltige Wirkkraft.

4. Ausblick

Eine in den theoretischen Ausgangsüberlegungen dieser Arbeit aufgeworfene Frage bestand darin, inwiefern bestehende Machtstrukturen von sozialen Bewegungen verändert werden können (vgl. Kapitel II.1). Die empirischen Untersuchungen verdeutlichten, dass diese Frage nur sinnvoll beantwortet werden kann, wenn neben den Diskursen auch die soziale Praxis der Akteure beleuchtet wird. Indigene bilden keinen homogenen Block der ›Unterdrückten‹. Zwar werden sie von außen oftmals als eine klar abgrenzbare Gruppe wahrgenommen und indigene Repräsentanten betonen ihrerseits diese Grenzen zu politischen Zwecken. Das bedeutet aber noch lange nicht, dass die Mitglieder ihrer proklamierten Gemeinschaften auf Grund kultureller Ähnlichkeiten gemeinsame Interessen besitzen oder ein einheitliches Identitätsgefühl ausbilden. Sie können sich hingegen als Mitglieder mehrerer Gruppen gleichzeitig verstehen. Dies wurde vor allem im zweiten empirischen Teil der Studie deutlich: Ethnizität oder Indigenität stellte für viele Dorfbewohner eine mögliche, aber keine ausschließliche Gruppenidentität dar. Blockbildung auf Grundlage eines essentialistischen Kultur- und Identitätsverständnisses kann im peruanischen Tiefland bisher keine dauerhaften Formen annehmen.

Dennoch können die indianischen Föderationen im Amazonasgebiet als authentische politische Institutionen der sie Konstituierenden gesehen werden. Denn, in akuten Konfliktsituationen gewinnen sie praktische Bedeutung und entsprechen somit politischen Handlungsmustern der Zusammengeschlossenen. Zu untersuchen bleibt dabei jedoch, welche Dynamiken sich in den konkreten Fällen, in denen föderative Zusammenschlüsse auf ethnischer Basis relevant werden, auf lokaler Ebene entwickeln: Welche Personen übernehmen die Führung, wie sind sie in der Gemeinschaft verankert und wie lange bleiben sie politisch relevant? Was führt gegebenenfalls dazu, dass ihre Leitungsfunktion von großen Teilen der Gemeinschaft hinterfragt wird? An diese Fragen könnten weitere ethnografische Studien indigener Bewegungen anknüpfen, die sich somit vor allem als zeitintensive Studien der lokalen Machtverhältnisse verstehen müssten. Detaillierte Rekonstruktionen einzelner Föderationsgeschichten, die gleichfalls die impliziten und expliziten Vorstellungen der jeweiligen Bevölkerung über die ideale Form ihres politischen Gemeinwesens analysieren, sowie die detaillierte Rekonstruktion der Biografien einzelner Führungspersönlichkeiten könnten weitere wichtige Beiträge liefern, um gegenwärtige Modelle indigener Selbstorganisation in nationalstaatlichen Zusammenhängen systematisch und ohne normativen Impetus zu erfassen. Der Ansatz der *multisited fieldwork* böte sich dabei meiner Meinung nach in einer anderen als in dieser Studie verfolgten Art und Weise erneut an: Zu einer multilokalen Forschung zu indigenen Bewegungen gehört eine größere Zahl von Wissenschaftlern, die, an unterschiedlichen Stellen, aber in enger Ab-

stimmung, zum gleichen Thema arbeiten. Denn, will man sich nicht auf eine Diskursanalyse beschränken, ist eine längere persönliche Präsenz an einem Ort letztendlich fundamental, um politische Alltagspraktiken und Dynamiken detailliert erfassen zu können. Die intensive Studie des Partikulären bleibt der zentrale Beitrag, den ethnologische Arbeiten leisten können, um – auch praxisrelevante – Diskussionen über globale politische Prozesse zu bereichern.